

# Aargauer Gewerbe gibt Vollgas gegen die Initiative zur Erbschaftssteuer



Verbandspräsident Kurt Schmid mahnte Firmen, jetzt nicht Umsatz sondern Rentabilität in den Vordergrund zu stellen.

Quelle: Patricia Schoch / az



TEILEN



TWITTERN

E-MAIL



DRUCKEN

Die Gewerbler haben in Wettingen zwei einstimmige Nein-Parolen beschlossen: Nein zur Erbschaftssteuerinitiative, Nein zur «Billag-Steuer». Herbert H. Scholl, der nach 32 Jahren als Geschäftsführer des Verbandes hört, wurde zum Ehrenmitglied ernannt. von Mathias Küng

ÄHNLICHE THEMEN

Kommentare (7)



Herbert H. Scholl – ein politisches Urgestein tritt nach 32 Jahren ab

Aktualisiert am 30.04.15, um 05:27 von Urs Moser

Sylvia Flückiger, Vizepräsidentin des Aargauischen Gewerbeverbandes und SVP-Nationalrätin, warnte vor den Delegierten in Wettingen eindringlich vor der Erbschaftssteuerinitiative.

Einkommen und Vermögen würden ja bereits versteuert, das Vermögen im internationalen Vergleich gar überdurchschnittlich, gab Flückiger zu bedenken. Sie wehrte sich gegen eine Dreifachbesteuerung desselben Geldes via nationale Erbschaftssteuer.

Die Folgen der Initiative wären verheerend, warnte sie, damit stünden Arbeitsplätze auf dem Spiel. Wenn die neue Bundessteuer komme, müssten sich viele Firmen verschulden, einen Teil veräussern oder Arbeitsplätze abbauen, um die Steuern überhaupt zahlen zu können, so Flückiger. 240 000 Familienunternehmen wären laut ihr betroffen.

Von den vorgesehenen Erleichterungen in der Initiative verspricht sich Flückiger nichts, zumal der Initiativtext keine konkreten Zahlen vorsieht und letztlich das Parlament diese festlegen müsste.

Flückiger kam zum Schluss: «Dies ist eine KMU-Killer-Initiative.» Offenkundig überzeugte sie damit die Anwesenden, soweit diese überhaupt überzeugt werden mussten. Sie beschlossen einstimmig die Nein-Parole.



So viele Gewerbler am Neujahrsapéro wie noch nie – und viel Prominenz

Aktualisiert am 07.01.15, um 22:58 von Peter Brühwiler und Mathias Küng



Expo.27 im Aargau: Bundesrat wusste nichts von Aargauer Expo-Plänen



**«Kein Geld für «Jass im Puff»**

Zum vom Gewerbeverband eingereichten Referendum gegen die Revision des Radio- und TV-Gesetzes (RTVG) erläuterte Flückiger gleich auch die Argumente gegen die Vorlage von Bundesrat und Parlament.

Der Bundesrat wolle eine neue Steuer, künftig solle jeder Haushalt zahlen, ob man die Programme nutzt oder nicht, so Flückiger.

Der Bundesrat wolle die Bevölkerung damit ködern, dass jeder Haushalt 60 Franken weniger «Billag-Steuer» bezahlen müsse. Für die Wirtschaft werde es teurer. Statt bisher 40 müsse sie künftig 200 Millionen Franken aufbringen: «Das ist das letzte, was wir uns in so schwierigen Zeiten wünschen!»

Die SRG sei viel zu teuer und brauche Steuergelder gar für Sendungen wie «Jass im Puff» und andere seichte Unterhaltung. Das gehe gar nicht. Sie empfahl auch als Protest gegen eine Doppelbelastung als Privatperson und via Firma ein Nein zur «Billag-Steuer». Auch hier resultierte ein einstimmiges Nein.



Herbert H. Scholl, der Grossrat bleibt, wurde als Geschäftsführer des Gewerbeverbandes verabschiedet.

Quelle: Patricia Schoch / az

**Scholl: schlagfertig, sattelfest**

Ein wichtiges Traktandum war die Verabschiedung von Herbert H. Scholl als Geschäftsführer des Gewerbeverbandes durch Präsident Kurt Schmid:

Scholl hatte in dieser Funktion nach 32 Jahren am 30. April seinen letzten Arbeitstag. Schmid würdigte seine Sachkenntnis und seinen ordnungspolitischen Standpunkt in der Politik.

Er sei schlagfertig und argumentiere sattelfest. Schmid: «Der Gewerbeverband hatte noch nie so viele Mitglieder wie heute, war noch nie so stark vernetzt und finanziell so gut aufgestellt wie heute.»

Die Delegierten ernannten Scholl in der Folge zum Ehrenmitglied. Er erhielt ein Buch, in dem zu seiner Verabschiedung 40 Aargauer Persönlichkeiten zum Thema

«Wirtschaft und Politik im Einklang» schreiben. Der Geehrte empfahl gerührt, einen Merksatz zu beachten: «Ersetzen Sie den gesunden Menschenverstand nicht durch Paragraphen, haben Sie Mut zur Lücke, dann sind Sie auf dem richtigen Weg.»

**Sorge um Kostenstrukturen**

In seiner Präsidialansprache wies Präsident Kurt Schmid mit Blick auf die wirtschaftliche Grosswetterlage darauf hin, dass nach dem internationalen Markt jetzt auch im Binnenmarkt die Margen schwinden. Bei stagnierenden oder rückläufigen Umsätzen stimmten nun bei vielen Firmen die Kostenstrukturen nicht mehr, so Schmid.

Da rückten halt sogleich die Personalkosten in den Vordergrund. Stellenoptimierung sei eine Daueraufgabe. Er lobte die Ruag, in der in deren jetzigen schwierigen Situation die Angestellten drei Stunden länger pro Woche arbeiten.

Jetzt gelte es, nicht das Umsatzwachstum, sondern die Rentabilität in den Vordergrund zu stellen. Schmid: «Qualität vor Quantität bei der Auftragsakquirierung!»

Schmid sorgt sich um die Nachfolge in vielen Firmen. 70 000 brauchen in den nächsten Jahren eine Nachfolgelösung. Damit sich Junge finden, müsse der Staat aber auch verlässliche Regeln bieten.

(az Aargauer Zeitung)